

Wie die Faust in eine Bettelhand verwandelt wurde

Zur Entstehung des DGB nach 1945

Vorspann

Die folgenden Aufzeichnungen sind das Manuskript eines Vortrags, den ich auf einer Veranstaltung beim „Jour Fixe Hamburg“ gehalten habe. Der „Jour Fixe“ gilt als Treffpunkt der linken Gewerkschaftsopposition - nicht gegen Gewerkschaften überhaupt, sondern gegen die Gewerkschaftspolitik im Sinne der „Sozialpartnerschaft“ des DGB mit dem Kapital.

Warum das Thema dieses Vortrags?

Anlass war ein Leserbrief in der Zeitung „Junge Welt“ mit der Überschrift „Der blanke Hohn“. In ihm wurde die tiefe Enttäuschung eines Gewerkschaftsmitglieds über die IG Metall mit ihrem Tarifabschluss ausgedrückt. Solche Enttäuschungen und Wutausbrüche tauchen regelmäßig nach Tarifabschlüssen bei vielen Mitgliedern auf, egal ob sie z.B. in der IG Metall, bei Verdi, bei der GEW oder IG BCE organisiert sind. Die Mitglieder gehen schlicht und einfach davon aus, dass es selbstverständliche Aufgabe der Gewerkschaften sein muss, die Forderungen ihrer Beitragszahler kämpferisch zu vertreten.

Warum tun sie das aber durch die Bank nicht?

„Weil die Führung nichts taugt“ – denken die meisten dieser Mitglieder – „also weg damit, eine neue Führung gewählt und Schwupps ist z.B. die IG Metall wieder eine richtige, kämpferische Gewerkschaft.“

Das ist meines Erachtens eine große Illusion! Warum?

Beantworten kann man diese Frage nur, wenn man sich klar wird, wer eigentlich die Einzelgewerkschaften und der DGB insgesamt sind. Dazu ist es unbedingt nötig, auf die Gründung des DGB als Dachverband aller Einzelgewerkschaften näher einzugehen.

Warum, wie und mit welchen Zielen ist er eigentlich entstanden?

Die Antwort darauf möchte ich mit diesem Vortrag geben.

Um den Fluss des Vortrages nicht zu stören, habe ich - bis auf wenige Ausnahmen - auf das Zitieren von Literaturhinweisen verzichtet. Jedoch alles, was an Fakten, Analysen und Ansichten im Manuskript vorkommt, ist durch die im Anhang zusammengestellte Literatur dokumentiert.

Vortrag

Ich beginne mit einigen Hinweisen zu den **politischen Rahmenbedingungen** in Deutschland der Jahre 45 bis 49.

Die ersten 2 Jahre nach der Kapitulation am 8.5.1945 fand ein dramatisches Tauziehen der kapitalistischen Siegermächte (der Westmächte) um die fette Beute „Deutschland“ statt. Ein Tauziehen letztendlich um das Industriepotential **Ruhrgebiet**. Und um das **Ausbeutungsparadies „Deutschland“** !

Als Sieger gingen eindeutig die USA aus dem Rennen hervor, obwohl sie die bittere Kröte schlucken mussten, dass die sozialistische SU die östlichen Industriegebiete behalten konnte.

Schaut man auf diese 4 Jahre von 1945 bis 1949, erkennt man **2 Phasen**: Die **erste Phase von 1945-1947** ist die der **destruktiven** Einstellung der kapitalistischen Besatzungsmächte, die Deutschland als Verlierer hemmungslos auszuschlachten versuchten, nämlich mit wirtschaftlicher Dezentralisierung, industrieller Demontage und Reparationsforderungen.

Die **2. Phase von 1947-1949** ist die **konstruktive Phase**, in der die Weichen zum Wiederaufbau einer westdeutschen Industrie unter der Regie der USA gestellt wurden.

Die USA waren gezwungen – wie sie sagten -, einen Riegel vor den immer stärker anwachsenden, populären Einfluss der SU in Europa zu schieben. Deshalb der **Kampf der Systeme** und der **Kalte Krieg** ab 1947. Gewinnen konnten die USA den nur, wenn sie in ihre Zonen Geld hineinpumpten über „Wachstumsbeschleunigungs“-Kredite für die wieder aufgestandene deutsche Monopolindustrie. Deshalb der **Marshallplan**, der aber nur sinnvoll war, wenn er von einem zuverlässigen staatlichen Gebilde verwaltet werden konnte. Deshalb ging es also Schlag auf Schlag:

Bizone 1947

Trizone 1949

BRD 1949

Die **1. Phase** lief unter der aggressiven politischen Direktive, das imperialistische Deutschland als Konkurrenten nie wieder auf dem zukünftigen Weltmarkt zuzulassen. Jede staatliche und industrielle Grundlage sollte zerschlagen werden. Deutschland sollte ein entindustrialisiertes Agrarland werden.

Die **2. Phase** zeigt einen Sinneswandel der USA. Nicht mehr Zerstörung, sondern Einverleibung der industriellen Potentiale Deutschlands in der staatlichen Form einer US-Kolonie.

Ich starte meine kleine Reise zurück in die Zeit von 1945 mit Stichworten zur **Lage der Bevölkerung**. Dazu einige wenige abgerundete Zahlen:

1944 (gegen Ende des Faschismus)

- Ca. 12 Mill. In der faschistischen Armee
- Ca. 4 Mill. Getötete dt. Soldaten
- Ca. 2 Mill. Getötete Zivilisten in D.
- Ca. 12 Mill. Zwangsarbeiter aus den besetzten Gebieten
- Mehrheitliche Frauenarbeit in der Industrie
- Männer bilden die Facharbeiter

1945

- Ruinen, Obdachlosigkeit, Hunger, Seuchen, Arbeitslose, Kranke
- Ca 12 Mill. Soldaten in Kriegsgefangenschaft
- Ca. 10 Mill. Zwangsarbeiter verlassen Deutschland
- Ca 12 Mill Flüchtlinge aus den Ostgebieten (neue Arbeitskräfte)

In der meisten Literatur der BRD wird erzählt, dass alle Deutschen die Lage 1944/45 (das „Ende“) einfach so hingenommen hätten. Die meisten Deutschen? Stimmt das? Stelle ich den Fokus auf die Lage der Arbeiter ein, entdecke ich ein etwas anderes Bild.

Schon **1944** gab es Widerstand, besonders unter Berg- und Rüstungsarbeitern des Ruhrgebiets, spontaner Widerstand, nicht angeleitet von irgendwelchen Parteien. Eine Statistik belegt für das 1.Halbjahr 1944 pro Monat ca. 200 Arbeitsniederlegungen deutscher Arbeiter, jedoch wesentlich mehr von Zwangsarbeitern, allein ca. 40 000 im Juni. Die illegale Zeitschrift „Gewerkschaftseinheit“ vom Dez.44 berichtet von Beispielen (Deppe 1982, S.113):

„Wuppertal: August 44: Wachsende Aktivität der illegalen Gewerkschaftsgruppen, Flugblätter und Broschüren werden unter der Belegschaft verteilt. Die Frauen sind hierbei besonders aktiv. – In einer illegalen Konferenz, die sich aus 36 Delegierten verschiedener Betriebe (polnische, holländische, russische, französische und deutsche Arbeiter) zusammensetzte, standen die Fragen der Sabotage, Vorbereitung von Streiks, Bewaffnung von Kampfgruppen.“

„Mannheim: Am 27.Juli 44 wurde bei der Lanz A.G. eine illegale Gewerkschaftsgruppe, die mitten in der Vorbereitung eines Streiks gegen die lange Arbeitszeit und für die Sonntagsruhe eintrat, verhaftet. Der Denunziant SS-Scharführer Herbert Wollner wurde später auf seinem Heimweg von Arbeitern erschlagen.“

Es gab also offensichtlich keine „Stunde Null“ am 8. 5. 45!

Die meisten Industriebeschäftigten, die 1944 noch für Monopolherren im Faschismus schufteten, waren nicht plötzlich arbeitslos, sondern hatten ihre Arbeitsplätze auch noch nach dem 8.5.45 in Betrieben, die von den Alliierten

nicht bombardiert worden waren. Die Ausbeutung war nicht plötzlich verschwunden, aber ab jetzt waren die Möglichkeiten besser geworden, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

Es war ein großes Aufatmen.

Doch die Mehrheit der Arbeiter, die am Ende der Terrorherrschaft nicht auf die Barrikaden gegangen waren, taten dies auch nicht 1945.

Viele sozialdemokratisch orientierte Autoren beschreiben die Haltung der Arbeiter damals als apathisch, orientierungslos, politisch desinteressiert usw., berichten von einer „Ohne Mich“-Haltung, die sich nur um das eigene nackte Überleben kümmerte.

Es scheint nicht ganz zu stimmen, weil Dokumente belegen, wie doch viele Arbeiter nach anfänglicher Lähmung schnell begriffen, dass ein neuer politischer Weg eingeschlagen werden musste. Einig waren sich alle in der Ablehnung und dem Hass auf den Faschismus:

„Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!“

Die Besatzer waren nicht wenig erstaunt, als sie bei ihrem Einrücken vor allen in die Industriestädte auf politische und gewerkschaftliche Aktivisten trafen, die an vielen Orten von sich aus **Antifaschistische Ausschüsse, Antifa-Komitees, Aktionsausschüsse, Betriebsausschüsse und auch schon Betriebsräte** gegründet hatten (Steininger 1983 S. 101):

„Sie waren räteähnlich, überkonfessionell und überparteilich organisiert, auch wenn ihre Wurzeln in der Arbeiterbewegung lagen und sich ihre Mitglieder in der Regel aus Widerstandsgruppen rekrutierten. Diese „Antifas“ waren Ausdruck eines demokratischen Bewusstseins ganz besonderer Art, sie wurden improvisiert mit der erklärten Absicht, die in der Zeit der NS-Diktatur gewonnenen Erfahrungen umzusetzen in eine neue, stark basisdemokratisch orientierte politische Praxis.“

In der ersten Zeit der Besetzung lag die Exekutive, die politische Verantwortung und Leitung in den Händen dieser Antifas, die sich mit Billigung der Besatzungsmächte darum kümmerten, dass das Chaos nicht noch grösser wurde. Sie sorgten für das Funktionieren der Wasser-, Strom- und Gasversorgung, für das gerechte Verteilen der knappen Lebensmittel.

Sie wurden zu echten **Kampf-Komitees**, wenn es darum ging, Nazis aufzuspüren und zu verhaften. Insofern waren sie **revolutionär**, weil sie mit ihren Aktivitäten Ideen nach gesellschafts-politischer und wirtschaftlicher Neuordnung vorbereiteten.

Besonders hervorheben und bewundern muss man die Reorganisation von **Betriebsräten und Betriebsausschüssen** in der Schwerindustrie und im Bergbau (Schmidt/Fichter 1971 S.8/9):

"In einigen Fällen gelang es den Betriebsausschüssen, die Leitung der Betriebe zu übernehmen und die Abrechnung mit ehemaligen NS-Mitgliedern selbst einzuleiten.

Im Ruhrgebiet zum Beispiel (spätere britische Besatzungszone) wurden die Schachtanlagen „Nordstern“, „Bergmannsglück“, „Bismarck“ und „Auguste-Viktoria“ durch das Eingreifen illegaler Betriebszellen vor der Sprengung durch die zurückflutende Wehrmacht und SS gerettet und sofort wieder in Betrieb genommen. Am 19. April 1945 fand eine illegale Zusammenkunft der Betriebsräte aus Gelsenkirchen, Gladbeck, Bottrop, Recklinghausen, Wattenscheid und Wanne-Eickel statt, auf der einstimmig die Wiederaufnahme der Produktion unter Anleitung der Betriebsausschüsse beschlossen wurde; außerdem einigten sich die Delegierten über die Vermeidung zielloser Streiks und über die enge Zusammenarbeit mit den Verwaltungen, die von den örtlichen Antifa-Komitees aufgebaut wurden.“

Doch wie ging es weiter?

Schon sehr bald waren diese Antifas und die Betriebsausschüsse den Besatzern ein Dorn im Auge, sie waren ihnen zu selbstbewusst. Es wurden Verbote ausgesprochen. Ein britischer Major z.B. wies im April 45 gegenüber einem Betriebsausschuss in Gelsenkirchen ihre Aktivitäten mit den klaren Worten zurück

„Revolution wird nicht geduldet“

Der Chronist Pirker belegt, dass die Besatzungsmächte nicht nur in den ersten Monaten nach der Kapitulation, sondern noch Jahre danach die bestehenden organisatorischen Räte-Ansätze „bewusst gestört oder sogar zerstört haben.“

Warum ?

Dabei traten sie doch gar nicht wie 1918 als revolutionäre Betriebsobleute oder militante Arbeiterräte (von Soldatenräten ganz zu schweigen) mit dem Ruf nach einer Sozialistischen Republik auf. Aber immerhin lief die Grundstimmung – zwar bescheiden und noch schwammig – in Richtung Sozialismus. Das lässt sich vielfach belegen:

- Am 8.5.45 wurde in Hamburg eine **„Sozialistische Freie Gewerkschaft“** gegründet, die in 5 Wochen ca. 50 000 Mitglieder hatte
- Das **Ahlener Programm der CDU** spricht davon, dass „das kapitalistische Wirtschaftssystem den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden ist“(...)

„... kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.“ (Steininger S.117)
- Die bekannten Schriftsteller **Eugen Kogon und Walter Dirks** in den „Frankfurter Heften“ 1946: „die äußeren Formen sind noch überwiegend kapitalistisch, der Geist hingegen ist bereits nachkapitalistisch, zum Teil **sozialistisch**“.
- **Pirker**(S.55) sagt zu 1945: „Der Sozialismus der Einheitsgewerkschaft erschien den Massen der Arbeitnehmer in Westdeutschland keine parteipolitische Frage zu sein – er war allgemeiner Grundsatz und Wille.“
- **Bergmann** (S.121): „Für breite Teile der Bevölkerung hatte das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem durch die ökonomischen und politischen Katastrophen der vergangenen zwanzig Jahre seine Berechtigung verloren.“

Diese Grundstimmung war den Besatzungsmächten gar nicht geheuer. Sie witterten sofort die Wühlarbeit der Kommunisten, den Agenten Moskaus, wie sie immer meinten.

Das entsprach nicht der Wirklichkeit. All die Aktivisten diverser Komitees und Ausschüsse handelten in großer Einigkeit und Solidarität. Die **Kommunisten der KPD** spielten dabei eine gleichberechtigte Rolle. Nicht mehr und nicht weniger. Doch für die Besatzer war genau diese Einheit so verdächtig. Für sie hatte diese selbstständige, autonome und selbstbewusste, teilweise militante Aktivität den Geruch von Kommunismus.

Und das bezog sich auch auf die sehr frühen Bemühungen um den Aufbau von **Gewerkschaften!**

Deswegen – so berichten viele Augenzeugen und spätere hohe Funktionäre des DGB – vollzog sich dieser Aufbau meist illegal.

Anträge auf Zulassung von örtlichen, teilweise nur betrieblichen Gewerkschaften wurden selten zugelassen. In der brit. Besatzungszone z.B. wurden 1945 von 194 Anträgen nur 51 genehmigt.

Für ein halbes Jahr herrschte in den 3 westlichen Zonen eine Art „**politische Quarantäne**“.

Doch es nützte alles nichts. Stück für Stück erkämpften sich die Belegschaften und ihre Aktivisten eigene, **spontan gegründete Gewerkschaften**. Selbst die alten Hasen aus dem früheren ADGB, die aus ihrem Exil 1945 nach Deutschland zurückkehrten, wurden von dem starken Willen und dem Drang der einfachen, eigentlich so unpolitischen Arbeiter nach gewerkschaftlicher Organisation überrascht.

Der Faschismus hatte es also doch nicht vermocht, den Klassen- und Gewerkschaftsgedanken vollständig auszurotten.

Der Chronist Pirker macht dazu folgende Bemerkung (S.31/2):

„**Dieser spontane Wille der Arbeiterschaft war es und nicht der Wille einer kleinen Gruppe von Spitzenfunktionären**, der dieses ‚Wunder der Organisation‘ nach 1945 in den Gewerkschaften vollbracht hat. Träger dieses Willens waren nicht die Funktionäre, die mit den Besatzungsmächten verhandelten, sondern die Betriebsräte oder, wie sie mancherorts hießen, die Betriebsobleute und Sprecher der Belegschaft. Es wiederholte sich in Westdeutschland, was sich ein halbes Jahrhundert vorher in Russland ereignet hatte, und zwar aus ähnlichen Bedingungen heraus. Hier wie dort musste die Arbeiterschaft eine unmittelbare Form der Organisation finden, weil es keine großen Organisationen, keine Gewerkschaften, keine Massenpartei gab.“

Das spricht für sich!

Die Arbeiter dieser Zeit warteten weder auf die schlaun Ratschläge erfahrener Gewerkschaftsführer aus der Weimarer Zeit, noch auf die Erlaubnis und die Richtlinien der Besatzer. Sie packten einfach an. Die Wut auf die Verbrechen der Nazis und der Wunsch nach einer Neuordnung war ihr einziger und großer Antrieb!

Die **erste Gewerkschaft** entstand in Aachen bereits schon am 18.3.1945 und nannte sich FDGB, **Freier Deutscher Gewerkschaftsbund**. Ähnliche Gründungen fanden an allen Industriestandorten statt wie Z.B.

- In Wiesbaden Mai 45: „Demokratische Einheitsgewerkschaft“
- In Ludwigshafen Mai 45: „Freier Deutscher Gewerkschaftsbund“
- In Hamburg Mai 45: „Sozialistische Freie Gewerkschaft“
- In Gummersbach Juni 45: „Deutsche Einheitsgewerkschaft“

Allein aus den Namen dieser örtlichen Organisationen lassen sich 3 Ausrichtungen ablesen:

Einheit, Demokratie, Freiheit und Sozialismus.

(1) An vorderster Stelle steht der Wunsch nach **Einheit** aller Arbeiter in einer einzigen allgemeinen Gewerkschaft, egal welcher politischen, religiösen oder beruflichen Richtung die Mitglieder angehörten.

Nie wieder sollte es politische Richtungsgewerkschaften geben, wie sie so charakteristisch für die Weimarer Zeit waren: sozialdemokratische, kommunistische, christliche, gelbe, rote, rosa, grüne oder braune.

(2) Die Gewerkschaften sollten **frei** sein, also nur für die Arbeiter zuständig sein, ob Mitglieder oder nicht, - autonom, ohne Rücksicht auf die Gegenseite der Kapitalisten.

(3) Die Gewerkschaften sollten nicht nur **Schutzfunktionen** gegen die Ausbeutung erfüllen, sondern sich auch daran beteiligen, einen Ausweg, eine Alternative zur kapitalistischen Ordnung zu finden.

Wie verhielten sich nun die **Besatzungsmächte** gegenüber diesen urwüchsigen und lebendigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiterschaft?

Es ist ausführlich belegt, dass die Besatzer nach anfänglichen Verboten, Wiederauflösungen, wie in Hamburg mit der SFG geschehen, und Verzögerungen bei der Genehmigung dem Druck ab Herbst 45 nicht mehr widerstehen konnten.

Eine nicht zu überschätzende Rolle spielte dabei der Einfluss, den **die gewerkschaftliche Entwicklung in der SBZ** auf die anderen Zonen ausübte. Dort gab es schon am 15.6.45 einen Aufruf zu der Gründung einer gesamtnationalen „Freien Gewerkschaft“ (**FDGB**).

Sogar der westliche DGB musste 7 Jahre nach seiner Gründung 1956 in einer Festschrift zugeben (Autorenkollektiv 1968 S.54):

„Selten ist ein Aufruf der ersten Nachkriegszeit mit größerer Genugtuung und Hoffnung aufgenommen worden wie dieser Appell zur Bildung freier, einheitlicher Gewerkschaften. Die Massen der Arbeitnehmer strömten in die neuen Organisationen ein.“

Die Besatzungsmächte betrachteten alles mit großem Misstrauen und sahen in allem eine zunehmende kommunistische Bedrohung.

Ihr einziges Mittel dagegen war, den Aufbau zu verzögern, zu bremsen, um ihn kontrollieren zu können. Aussagen dazu, von den Amerikanern und den Briten (Schmidt 1970 S. 33):

„Das Argument war, durch langsames Vorgehen bei der Wiedererrichtung von Arbeiterorganisationen in Deutschland das bedeutende Risiko, dass solche Organisationen von den Kommunisten erobert würden, merklich zu verringern, wenn nicht ganz auszuschalten.“

In dieselbe Richtung deutet eine Bemerkung von Clay (Anm.ug: General Clay, stellvertr. Militärgouverneur der USA): „Schon betätigten sich **fähige Arbeiter-führer wie Schleicher, Richter, Hagen und Schiefer (später auch Tarnow) als demokratische Führer** und setzten sich mit den Kommunisten in den Reihen der Arbeiterschaft auseinander.“

Oder der britische Militärgouverneur Marshall Montgomery (Schmidt S.35):

„Die Russen unterstützten die Gewerkschaften. Ich beschloss, dass nicht zu tun, ich war zwar sehr dafür, dass sie langsam den Verhältnissen entsprechend wachsen sollten, aber dagegen, dass sie ‚forciert‘ wurden. Dadurch hoffte ich zu erreichen, dass im Laufe der Zeit aus ihren eigenen Reihen **die richtigen Leute an die Spitze** kamen. Gingen wir zu schnell vor, so bestand die Gefahr, dass die Gewerkschaften **in falsche Hände** gerieten und daraus Schwierigkeiten entstanden.“

Die Maßnahmen der Besatzer waren folgerichtig:

- Jede Spontanität ausschalten
- Langsam und von ihnen kontrolliert von unten nach oben, von klein nach groß sich entwickeln lassen
- Dabei „ihre Leute“ an die Spitze einsetzen
- Grosse überregionale Verbände verhindern, es sei denn „ihre Leute“ hätten die Führung dabei

Waren die Besatzer schon misstrauisch gegenüber den sich spontan entwickelnden Gewerkschaften, so erst recht gegenüber den **Betriebsräten**. Diese Art der Belegschaftsvertreter kannten sie aus ihren Ländern nicht. Man ließ sie anfangs treiben, bis das große Erwachen kam.

Bei den 1. Betriebsratswahlen in der brit. Zone im Okt. 45 errangen im Bergbau z.B. die kommunistisch orientierten Kollegen ca. 70 % der Stimmen.

Diese hohe Zustimmung war typisch für die Stimmung unter den Belegschaften dieser Zeit.

Diese Kollegen wollten eben nicht nur , wie es im Juni 45 auf der **Potsdamer Konferenz** der Grossen Drei Siegermächte beschlossen wurde, Einheit, Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Entkartellisierung, sie wollten mehr, nämlich Sozialisierung der Betriebe, sprich Enteignung der alten Besitzer, sie wollten Sozialismus.

Das blieb nicht Theorie, sondern da wurde oft tatkräftig zugelangt, sodass die Besatzer in helle Aufregung gerieten. Dazu ein Beispiel (Schmidt/Fichter S.12):

„In verschiedenen Schachtanlagen setzte die britische Militärregierung Truppen ein, als die Arbeiter unter Führung ihrer **Betriebsräte** zu Kampfmassnahmen gegen Schachtverwaltungen und Militärregierung griffen, um die sofortige Entnazifizierung zu erzwingen. Die Aktionsformen der Bergarbeiter reichten vom passiven Widerstand und absichtlicher Senkung der Kohleproduktion bis zur gewaltsamen Entfernung ehemaliger PG's vom Betriebsgelände, z.B. auf der Schachtanlage „General Blumenthal“ in Recklinghausen, Ein britisches Militärgericht verurteilte daraufhin 6 Bergarbeiter wegen Aufruhrs zu Gefängnisstrafen von ein bis drei Monaten.“

Mit Verboten und dem Eingreifen des Militärs war dieser Entwicklung nicht mehr beizukommen. Statt der **Peitsche** gab es jetzt stückchenweise **Zuckerbrot**. Die Betriebsräte wurden ihnen zu gefährlich. Also schleusten sie „**ihre Leute**“ ein.

Mit Erfolg.

Der Anteil der kommunistisch orientierten BR-Mitglieder konnte so bis 1949 auf 32 % und bis 1950 sogar nur auf 25 % reduziert werden.

Auch unter den Gewerkschaftsaktivisten wurde „gesäubert“. Alles, was nach Kommunist aussah, wurde herausgedrängt. Das traf nicht allein die KPD-Mitglieder, sondern alle auf Seiten der Kollegen kämpfenden ehrlichen Aktivisten, die es ernst nahmen mit der Entnazifizierung und Demokratisierung.

Zurück zu den Jahren **1946/47**.

Wir befinden uns jetzt in der **2. Phase**.

War in der ersten Phase nach 1945 der Kampf hauptsächlich gegen die alten faschistischen Zustände gerichtet, wehte der Wind der Wut und des Protestes jetzt den Besatzern ins Gesicht.

Der Einsatz um den Aufbau von **Einheitsgewerkschaften** ging weiter. Wie sollte die künftige Gewerkschaft in Bezug auf die **Form** und die **Zielsetzungen** aussehen?

Die Auseinandersetzung um **die inhaltlichen Ziele** wurde schärfer.

Die Industriearbeiter der Grossbetriebe forderten vor allem über ihre Betriebsräte **Mitbestimmung** an Eigentum und Produktion. Das Ganze hatte mit Enteignung, zumindest mit praktischer Mitbestimmung zu tun.

Um ihre Vorstellungen durchzusetzen, griffen die Arbeiter an vielen Orten zu dem Mittel des Streiks.

Jetzt zeigte sich, wie nützlich es gewesen war, gleich nach dem Krieg mit der Gründung von Gewerkschaften zu beginnen. Denn mit ihnen wurden die Streiks besser organisiert und durchschlagskräftiger.

Die **1. große Kraftprobe** nach nur eineinhalb Jahren seit dem Kriegsende lieferte der Streik im Nov. 46 bei der Firma **Bode-Panzer** bei Hannover. Die Forderungen bezogen sich auf die Mitbestimmungsrechte bei wirtschafts-politischen und personellen Fragen des Betriebsrats. 23 Tage wurde gestreikt, bis eine entsprechende Betriebsvereinbarung geschlossen wurde. Dieser Streikerfolg beflügelte viele andere Belegschaften, Ähnliches an Mitbestimmungsrechten – nicht mit Mitsprache zu verwechseln – zu erkämpfen. Doch dieser Bode-Panzer-Streik, dieser 1. große Streik einer Belegschaft, offenbarte auch einen auffallenden, typischen und immer wiederkehrenden Konflikt während solcher Arbeitskämpfe:

Der Vorstand der Gewerkschaft, hier der der IG Metall, wollte nicht so richtig, zeigte eine **Stillhaltetaktik**. Bei Pirker findet sich dazu (S.92):

„Der erfolgreiche Abschluss des Streiks war neben der Belegschaft vor allem der Ortsverwaltung und Bezirksverwaltung der IG Metall zu verdanken, während der Vorstand der Gewerkschaft sich zurückhaltend verhielt und lieber den Weg über die Arbeitsgerichte statt über den Arbeitskampf einschlagen wollte. (...)

Die **prinzipielle Streikunwilligkeit der Gewerkschaftsführung** zeigte sich auch auf den Debatten der Verbandstage. (...)

...machte deutlich, dass die Gewerkschaftsführung das Risiko des Streiks im Angesicht möglicher Eingriffe der Besatzungsmächte nur höchst ungern übernehmen wollte. (...)

Da die Gewerkschaftsführungen also nicht gewillt waren, durch eine Arbeitskämpfwelle Betriebsvereinbarungen in ihrem Sinne durchzusetzen, schon, **um nicht eine radikale Betriebsratsbewegung zu entfachen**, (...)

Der Bode-Streik war also Lehrbeispiel für die Zukunft. Die Belegschaft wollte kämpfen, sie musste kämpfen, war dabei aber von 2 Seiten **in die Zange genommen** worden. Die eine Seite war die Firmenleitung mit der dahinterstehenden Besatzungsmacht, die andere Seite die Führung der eigenen Gewerkschaft.

Kommt uns das nicht heute bekannt vor?

Der Wunsch nach Mitbestimmung beherrschte also den Inhalt einer zukünftigen Einheitsgewerkschaft dieser Zeit.

Doch schon der Ausdruck **Einheitsgewerkschaft** war ein Stachel, der die Besatzer reizte. Sie befürchteten eine zu große Machtkonzentration auf Seiten der Arbeiter. Ihnen war bewusst, dass sie die starke Industriearbeiterschaft in Deutschland nur durch **Spaltung** gefügig machen konnte.

Also bestimmten sie, dass es zukünftig statt einer Einheitsgewerkschaft nur **Industrieverbände** geben dürfe, wie in den USA und GB. Dazu waren sie fest entschlossen.

Ein warnendes Beispiel für diese Entschlossenheit gaben die brit. Besatzer in Hamburg, als sie die urwüchsig entstandene „SFG“ nach nur 5 Wochen auflösen und durch konkurrierende Industriegewerkschaften ersetzen ließ.

Stück für Stück wurden so wie in Hamburg auch von den anderen beiden Besatzungsmächten die schon populär gewordenen Einheitsgewerkschaften zerschlagen.

Das hieß Enttäuschung und Niederlage für die Arbeiter. Denn ihr Konzept war doch die einzig mögliche Antwort auf Spaltung und Zersplitterung, unter der sie in der Weimarer Republik so gelitten hatten.

Einheit, Einheit und nochmal Einheit – das war ihr Ruf nach dem Ende des Faschismus.

Als Echo kam von Besatzerseite lediglich der Befehl: **Spaltung, Spaltung und nochmal Spaltung.**

So auch in Bezug auf den Traum der Arbeiter, für ganz Deutschland einen einzigen Gewerkschaftsbund zu besitzen.

Hier möchte ich an die **Interzonenkonferenzen** erinnern. Die erste fand bereits im Nov. 46 in Mainz statt. In eineinhalb Jahren bis Aug. 48 folgten 8 weitere. Sie endeten im Nichts. Sie wurden gesprengt. Warum? Weil sie nicht in die politische Landschaft der 3 westlichen Besatzer passten. Denn seit Anfang 47 war klargeworden, dass diese vorhatten, Deutschland in 2 Teile zu spalten, um sich den „fetten Brocken Ruhrgebiet“ einzuverleiben.

Die Spaltung schafften die USA letztendlich nur mit dem Mittel eines wirtschaftlichen Wiederbelebungsplans, dem ERP (European Recovery Program), dem **Marshallplan**, der im Juni 47 ins Leben gerufen wurde. An der Beurteilung der Auswirkungen dieser Milliarden schweren Kreditmaschine scheiterten die Einheitsbestrebungen der deutschen Gewerkschaften in Ost und West.

Etwa Absicht der USA?

Die Befürworter des Plans waren durch die Bank die Vorstände der Gewerkschaften in Westdeutschland. Sie hatten jedoch alle Hände voll zu tun, ihre Mitglieder von der Nützlichkeit des Marshallplans zu überzeugen. Es gelang nur schwer.

Denn die **Ernährungslage** für die Bevölkerung entwickelte sich zur Katastrophe. Es herrschte **Hunger** besonders in den Ballungsgebieten ab Ende 46. Die Wut über die Besatzungspolitik nahm zu und machte sich Luft in radikalen Protesten und Massendemos. Diese erreichten im Frühjahr 47 ihren Höhepunkt. Es gab große Streiks gegen die Streichung von Zulagen für Schwerarbeiter und gegen die Kürzung von Verpflegungsrationen. Vielerorts entwickelten sich aus den Streiks heraus Massendemos:

- **5000** in Rheinhausen
- **80000** in Düsseldorf
- **20000** in Hagen
- **25000** in Dortmund
- **200000** in Hamburg
- **300000** Bergarbeiter im Ruhrgebiet mit einem 24-Std.Streik

Die Besatzer drohten mit drastischen Maßnahmen und dem Belagerungszustand. So erklärte ein US-Sprecher über Rundfunk im Mai 47 (Schmidt S.137):

„Streiks und andere Umtriebe gegen die Politik der Militärregierung, die in irgendeiner Weise die Forderungen oder Pläne der Besatzungsmacht gefährdeten, werden in **Hessen** nicht geduldet; dabei spielt es keine Rolle, ob ihr Zweck ein politischer oder ein anderer sein möge. Jede Person oder Gruppe von Personen, die so handelt, wird bestraft werden, und vergessen sie nicht, dass nach den Gesetzen der Besatzungsarmeen und der Militärregierung die Schuldigen sogar mit der **Todesstrafe** belegt werden können.“

Und trotzdem ließen sich die Massen nicht von den Militärs beeindrucken. Die Proteste wuchsen bis zum Frühjahr 48 an. Das Ruhrgebiet glich einem „brodelnden Kessel“, wie die Gewerkschaftszeitung „Der Bund“ schrieb.

Da die Besatzer ihre Autorität kaum noch zur Geltung bringen konnten, mussten sie versuchen, auf andere Weise die Empörung vor allem der Arbeiter zu dämpfen. Sie wendeten sich an die **Gewerkschaftsführungen**, um den Protest in friedlich organisierte Bahnen zu lenken. Die alten Herren der ADGB-Garde bewiesen einmal mehr ihre Kunst in radikaler Rhetorik. Böckler z.B., der Vorsitzende des DGB der brit. Zone seit April 47, heizte das Klima auf, setzte die Arbeiter unter höllischen Druck, indem er demagogisch die Alternative ausrief „**Hungertod oder Marshallplan**“. Klar, wie die Entscheidung der meisten, unpolitischen Arbeiter ausfiel, oder?

Für seinen Einsatz war Leuten wie Böckler der Dank der Besatzer sicher (Schmidt S.139):

„Die Unruhe unter der arbeitenden Bevölkerung zu ignorieren, war letztlich aber auch nicht möglich. Balfour (Anm.ug: ein Autor), der dieses Dilemma für die Gewerkschaftsführung ebenfalls sieht, schreibt: ‚Während des Winters 46/47 bewirkten die Gewerkschaften in verdienstvoller Weise ein Maßhalten der arbeitenden Bevölkerung. Sie waren sich klar darüber, dass ein Widerstand zu jenem Zeitpunkt nur den Kommunisten zugute kommen würde. **Aber um bei ihren Mitgliedern nicht an Einfluss zu verlieren**, konnten sie es sich nicht leisten, in den Ruf passiver Kollaborateure der Alliierten zu gelangen.‘“

(...) „Clay gab schon im Mai 47 zu verstehen, **die Gewerkschaftler hätten ein Höchstmaß an Einsicht bewiesen.**““

Es gab 1948 zwei weitere Ereignisse, die immer wieder zu heftigen Protesten der Arbeiterschaft führten. Das eine waren die Durchführung von **Demontagen** von Industriebetrieben, das andere das Durchziehen einer **Währungsreform** im Juni 48.

Die Pläne zur **Demontage** riefen erneut eine Verzweiflungsstimmung der Belegschaften hervor. Der Ruf nach einem Generalstreik wurde laut. Doch wie liest man bei Schmidt (S.148):

„Die Arbeiter blieben sich bei ihrem sporadischen Widerstand weitgehend selbst überlassen.“

Ist es ein Wunder? Die Vorstände der Gewerkschaften, besonders wieder Böckler, setzten ihre **Linie des Wohlverhaltens** gegenüber den Besatzungsmächten fort. Trotzdem gelang es den Belegschaften einige Male, das Demontieren der Betriebe zu sabotieren und sogar zu verhindern, wie das ein Beispiel aus Salzgitter zeigt. Schmidt (S.149) erwähnt „heftige Protestdemonstrationen“ und dass es zu einem organisierten Aufstand der Arbeiter mit Angriffen auf englische Panzerwagen kam. Die Arbeiter konnten dadurch einen Teil Anlagen retten.

Die Einführung der **Währungsreform** im Juni 48 führte zum explodierenden Ansteigen der Lebensmittelpreise, und das vor dem Hintergrund, dass seit Kriegsende von den Besatzern ein Lohnstopp eingeführt wurde.

Wieder brach heftige Unruhe unter der Bevölkerung aus, die sich, wie schon im Frühjahr 47, in Hungerdemos äußerten. Es gab einen Aufschrei, einen **Ruf nach Generalstreik**. Die örtlichen Gewerkschaften organisierten Demos, z.B.

- 50000 in Frankfurt
- 100000 in München
- 60000 in Düsseldorf.

In Stuttgart radikalisierte sich die Demo so sehr, dass General Clay für mehrere Tage eine **Ausgehsperr**e verhängen musste.

Als Erfolg führten all die Proteste zur **Aufhebung des Lohnstopps am 1.10.**

Doch der „Druck der Strasse“ und der in den Betrieben ließen sich schwer herunterfahren, so dass die Gewerkschaftsführungen gezwungen waren, tatsächlich einen ganztägigen **Generalstreik für den 12.11.48** auszurufen.

Laut Pirker (S.109) war es „eine reine Schaustellung der Macht der Gewerkschaften“.

Obwohl die herrschenden politischen Fraktionen diesen Streik als eine gefährliche Bedrohung der „jungen deutschen Demokratie“ hinstellten, waren sich laut Pirker alle der Ungefährlichkeit dieser Aktion bewusst. Es war pure Rhetorik im Spiel.

Hatte doch die Gewerkschaftsführung diesen Generalstreik bewusst auf einen Freitag gelegt, so dass aus 24 Stunden eine begrenzte Arbeitsniederlegung

wurde. Auch wurden alle lebenswichtigen Sektoren der Versorgung der Bevölkerung aus der Bestreikung herausgenommen.

Schon wieder erscheint mir diese Aktion ein typisches Beispiel für das Agieren dieser Gewerkschaftsführungen zu sein, richtungsweisend für die Zukunft.

Wie war nämlich der Erfolg dieser **Politik des Paukenschlagens**? Gleich Null. Die Forderungen wurden dem damaligen Wirtschaftsrat übergeben, der sie zur Kenntnis nahm und einfach zu den Akten legte.

Die Gewerkschaftsführer blieben sich ihren **Methoden** treu, die sie sich seit 1945 Stück für Stück professionell eingeübt hatten:

- Den Druck aus den Betrieben aufnehmen und Dampf ablassen, den Protest kanalisieren, um ihn im Sinne des „Gemeinwohls“, oder offener, im Sinne der damaligen Besatzer zu entschärfen
- An das Gewissen der Politiker und Wirtschaftsbesitzer und Besatzer zu appellieren
- Und damit Illusionen schüren über die Wohltätigkeit der Herrschenden

Die Proteste und Arbeitskämpfe flauten nach diesem „Generalstreik“ tatsächlich ab. Und auch im Jahr 1949 blieb es relativ ruhig. Vielleicht, weil sich die Konjunktur belebte, vielleicht weil das Jahr 49 voller großer politischer Entscheidungen war, so dass die Arbeiter „die Luft anhielten“ ?

Oder gab es vielleicht sogar einen Zusammenhang zwischen Beidem?

Zog die Konjunktur etwa an, damit die Besatzungsmächte in Ruhe ihre **Trizone** und wenig später ein **Grundgesetz** mit einem entsprechenden Staat **BRD** installieren konnten?

Kaum war das erste Parlament mit einer Regierung gewählt worden, waren die Besatzungsmächte so frei, den Deutschen mit Hilfe eines neuen **Besatzungsstatutes** zu erklären, dass sie noch lange nicht souverän seien.

Einen Monat später folgte im Oktober der **Gründungskongress des DGB** in München.

Der DGB bildete ab jetzt den **Dachverband für 16 Industriegewerkschaften oder Einzelgewerkschaften**. Mehr nicht. Der Traum von einer echten Einheitsgewerkschaft war zerplatzt. Die Besatzungsmächte hatten mit ihren Spaltungsmanövern Erfolg.

Die **Geburt des DGB** war also lange vorbereitet. Die Schwangerschaft dauerte mindestens 2 Jahre, seit klar wurde, dass die USA (mit GB und FR im Gefolge) den Plan verfolgten, in Deutschland den Aufbau eines separaten Weststaates durchzusetzen. Dieser Staat der Besatzer, in dem im Prinzip die alten Besitzverhältnisse der Weimarer Zeit regierten, benötigte eine integrationsfähige, staatsverantwortliche Gewerkschaft, die ein Abbild der in den USA und GB existierenden Gewerkschaften darstellen sollte.

Die Besatzer hatten es geschafft, dass „**ihre Leute**“ die Spitze der DGB-Gewerkschaften besetzten und „ihren“ bürokratischen Apparat aufbauten. Das waren 4 Jahre harte Arbeit für die Besatzer, diese rebellische deutsche Arbeiterschaft in den Griff zu bekommen. Was sagt Pirker an einer Stelle (S.95)?

„In dieser Periode des Kalten Krieges kam es innerhalb der westdeutschen Gewerkschaften zu der unerfreulichen Zusammenarbeit von hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären und den **Geheimdiensten** der Besatzungsmächte; zur Praxis der Sonderbeziehungen einzelner Gewerkschaftsfunktionäre zu den Sonderbeauftragten der amerikanischen Gewerkschaftsverbände in Westeuropa und Westdeutschland; zum Einströmen erheblicher amerikanischer Hilfsgelder zur Sonderverfügung einzelner Gewerkschaftsfunktionäre oder Funktionärsgruppen.“

Wer waren nun diese Leute, die die Besatzer „ihre Leute“ nannte?

Es waren die alten Hasen aus dem Stall vor allem des ADGB. An ihre schändliche, zurückweichlerische Rolle in der Zeit vorm Faschismus muss ich wohl nicht erinnern. Die meisten von ihnen konnten sich ins Exil westlicher Staaten retten und kehrten ab 1945 zurück nach Deutschland.

Es war eine Altherren-Riege, ein **Gewerkschafts-Adel**, der sich seine Fürstentümer nach 1918 aufgebaut hatte, Namen wie Reuter, Richter, Schleicher, Splieth, Böckler, Rosenberg, Tarnow, Hansen, vom Hoff und viele weitere. Die Biografie jedes einzelnen wäre eine lohnende Fundgrube für Gewerkschafter, um zu begreifen, wie diese Karrieren gebastelt wurden.

Ich möchte hier nur kurz 3 Namen herausgreifen: **Böckler, Tarnow und Splieth.**

In einer SPD-orientierten Veröffentlichung steht ganz lapidar zu **Böckler**: „...und wurde noch vor dem ersten Weltkrieg Funktionär des Metallarbeiterverbandes. In der Weimarer Zeit übte er verschiedene Funktionen in SPD und Gewerkschaft aus.“

Wie durch ein Blick durch das Schlüsselloch erscheint dagegen eine kleine Randbemerkung von Schmidt (S135):

„...dass Böckler bereits 1918/19 vorübergehend Sekretär der Zentralen Arbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und Unternehmern war. Damals setzte er sich auf der 14. ordentl. Generalversammlung des DMV (Dt.Metallarbeiterverbandes) im Juni 1919, die den Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft beschloss, gegen Dissmann und Richard Müller nachdrücklich für eine Politik des Ausgleichs der Interessen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften ein“

Tarnow ist bekannt geworden durch die Definition von den „**Gewerkschaften als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus**“, ausgesprochen in einer Rede auf dem SPD-Parteitag von 1931, also mitten in der schlimmsten Krisenzeit. Aufregend ist auch seine Schrift von 1928, die den provozierenden Titel trägt „**Warum arm sein?**“ Darin wendet er sich an die

Arbeiter und wirft ihnen vor, selbst Schuld an ihrer Verarmung zu haben. Der Text hat an Aktualität nichts verloren!

Ab 1945 ist Tarnow unter all den arbeiteradligen Herren die auffälligste Persönlichkeit. Mit hohem Einsatz pokerte er im Spiel um die Verbiegung der noch jungen und unerfahrenen Gewerkschaften. Das Spiel trug den Titel „**Spalte und herrsche**“, ausgeklügelt von den Besatzungsmächten.

Splieth ist vielen Älteren in Hamburg bekannt als derjenige, der daran maßgeblich beteiligt war, die 1945 gegründete SFG nach 5 Wochen Existenz aufzulösen. Dazu finden sich Aussagen von ihm bei Behrendt (S.93):

„**Wild und ohne Zustimmung des Vorstandes** entstanden, arbeiteten diese Zweigstellen völlig unkontrolliert...“ (...)

„... als sich zeigte, dass für viele Genossen die Sozialistische Freie Gewerkschaft Deckmantel sein sollte für eine von der Militärbehörde noch nicht zugelassene politische Betätigung, und als die Gewerkschaftsgründung selbst in Gefahr geriet, wäre es von Männern, die meist jahrzehntelang in der deutschen Gewerkschaftsbewegung gestanden hatten und mit ihr völlig verwachsen gewesen waren, verantwortungslos gewesen, den Dingen tatenlos zuzusehen. **Sie sabotierten nicht, sondern sie taten ihre Pflicht.**“

Soweit zu diesen Namen.

Wie kam es, dass sich solche Personen wieder an die Spitze setzen konnten?

Wie konnten sie als **Sieger** aus dem Kampf für neue, demokratische und basisorientierte Gewerkschaften hervorgehen?

Aus meiner kurzen Darstellung der 4 Jahre von 45 bis 49 sollte eigentlich leicht zu entdecken sein, dass sie es nur geschafft haben, weil sie die schützende Hand der Herrschenden, der Besatzungsmächte, über sich hatten.

Als geschulte „Füchse“ waren sie natürlich so schlau, nicht ihre Hintermänner zu nennen. In all diesen 4 Jahren konnten die Arbeiter miterleben und erleiden, wie diese Herren immer wieder ihren Kampfeswillen sabotierten. Das taten sie nicht offen, sondern wussten, dass sie ihre Taten mit **wortradikalem Getöse** tarnen mussten, um bei den Arbeitern Beifall zu bekommen.

So geschah es auch auf dem **Gründungskongress des DGB 1949**. Es wimmelte in den Beiträgen der führenden Funktionäre nur so von radikalen Phrasen. Auch die programmatischen Aussagen klingen nicht schlecht, riechen sogar ein bisschen nach Sozialismus, wenn da gefordert wird:

- Eine Wirtschaftspolitik zur Wahrung der Würde freier Menschen
- Mitbestimmung in allen Fragen der Wirtschaftsführung
- Überführung aller Schlüsselindustrien in Gemeineigentum
- Soziale Gerechtigkeit durch angemessene Beteiligung am Volkseinkommen

Wenn man also den DGB einfach nur anhand seines Programms von 1949 beurteilen würde, wird man sagen müssen: „o.k., hört sich gut an, lässt sich was draus machen, wenn man nur die richtigen Leute in der Führung hätte“.

Es ist aber eine alte Erfahrung unter Arbeitern und Belegschaften, den Herren nicht so sehr aufs Maul zu schauen, sondern sie an ihren Taten zu messen. Was sagt denn das Programm zur Durchsetzbarkeit der Forderungen? Nichts.

Also wieder das alte Spiel aus den Jahren 45 bis 49:

Nach außen wortradikal, nach innen zahm und realpolitisch angepasst.

Böckler, der Grosse Vorsitzende, auf dem Kongress (Deppe 1977 S.319):

„Dafür gibt es nur eine Erklärung, nämlich die, dass die bestehende Wirtschafts- und Sozialordnung, sofern man überhaupt von Ordnung sprechen kann, in jedem Falle gegen die Interessen der arbeitenden Menschen ist.“

Und ein wenig später dann:

„Zur Erfüllung ihrer vorgezeichneten Aufgaben und Pflichten werden die Gewerkschaften sich der bei ihnen gebräuchlichen Mittel und Methoden bedienen. So, wie bisher werden sie also Differenzen auf unterschiedliche Weise auszugleichen versuchen, ehe sie schärfere Waffen wie Streik usw. anwenden, **und sie werden immer bemüht sein, die allgemeinen Volksinteressen nicht zu beeinträchtigen.**“

Entspricht das den Vorstellungen von Gewerkschaften, für die sich Arbeiter nach Kriegsende unter illegalen Verhältnissen stark gemacht haben? Bestimmt nicht!

Der DGB ist ein **billiger Abklatsch** davon, ein Gebilde von „Gottes Gnaden“, genauer ausgedrückt **von „Besatzers Gnaden“!**

Sogar Böckler muss das indirekt ein Jahr nach der Gründung des DGB zugeben (Schmidt S.184):

„...dass sich die Gewerkschaften darüber klar sind, dass wir heute einen Teil dessen nachholen was 1945 in anderer Form geschehen wäre, wenn uns die Besatzungsmächte nicht daran gehindert hätten. Wir sind bestrebt, das auf evolutionärem Wege nachzuholen, **was 1945 zweifellos auf revolutionärem Weg erreicht worden wäre.**“

Zusammenfassend:

4 Jahre lang fand ein heftiger Kampf zwischen Anhängern der **Idee einer demokratischen basisorientierten Gewerkschaft** und den Vertretern der **alten Idee der Integration und Anpassung** statt.

4 Jahre lang war es ein Tauziehen um die Frage, sollen die neuen Gewerkschaften eine autonome Gegenmacht oder einer Ordnungsfaktor im Ausbeutungssystem sein.

Die Anhänger der letzteren Idee haben mit Hilfe der Besatzungsmächte und der alten Industriebarone diesen Kampf schließlich für sich entscheiden können,

Die **Faust** der Arbeiter in Deutschland, die 1945 erst zaghaft aus der Tasche geholt wurde, dann aber immer geballter in Massenaktionen zu sehen war, wurde gegen Ende zerbrochen. Zumindest verschwand sie für eine Zeitlang in den Hosentaschen und hinter dem Rücken.

Der DGB übernahm die Aufgabe, die Forderungen der Arbeiter zu Appellen und Betteleien umzubiegen!

Von der Faust zur Bettelhand !

Vom Alles zum Nichts, wie Gerhard Beier, ein Chronist des DGB, so treffend beschreibt (Steininger S.62):

„In den demokratischen Neuordnungsplänen des Jahres 1945 waren die Gewerkschaften *alles*, im Grundgesetz des Jahres 1949 dagegen *nichts*. Es gehört zu den Leistungen Hans Böcklers..., dass es dennoch zu einer illusionslosen, wenn auch kämpferischen Integration der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik gekommen ist.“

Sicherlich ungewollt von dem Autor wird hier die die große Erfahrung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung wunderbar treffend auf den Punkt gebracht:

Gewerkschaften enden im Nichts, sind eine stumpfe Waffe, wenn sie sich integrieren lassen!

Andererseits: Gewerkschaften bleiben ihren Aufgaben und Ansprüchen treu, wenn sie dieser Integration widerstehen!

Von der Faust zur Bettelhand:

Die Gründung des DGB bedeutet nicht das Ende des basisorientierten Klassenkampfes. Von der Faust zur Bettelhand – das ist ein Prozess, der sich nicht nur in der Zeit von 45 bis 49 abspielte, sondern sich ständig bis heute wiederholt. Jeder einzelne Kampf um mehr Lohn, verniedlicht „Lohnrunde“ genannt, gibt dafür ein Beispiel.

Die voraussehbaren Niederlagen dürfen uns nicht entmutigen. **Denn unsere Fäuste tauchen immer wieder auf, ob wir das wollen oder nicht, nämlich solange, wie uns die grundlegenden Ausbeutungsverhältnisse dazu zwingen!** **Die Idee von echter gewerkschaftlicher Tätigkeit wird immer wieder neu geboren und lässt sich niemals durch den DGB ersticken!**

Ein abschließendes persönliches Wort

Ich habe mir die Mühe gemacht, die Entstehungsgeschichte des DGB in diesem Vortrag nachzuzeichnen, weil meine enttäuschenden und frustrierenden Erfahrungen als langjähriges Mitglied und Vertrauensmann in den drei Einzelgewerkschaften (IG Chemie, IG Metall und ÖTV/Verdi) mich dazu getrieben haben.

Ich habe jetzt gelernt, mit diesen Enttäuschungen besser umzugehen. Ich behaupte, endlich zu wissen, wer dieser DGB ist und wessen Interessen er in Wirklichkeit vertritt.

Das beruhigt mich und gibt mir Kraft, Gewerkschaftsarbeit im urwüchsigen Sinne zu leisten.

Wie soll ich mich nun zum DGB verhalten? **Drinbleiben oder austreten?** Meine Antwort dazu habe ich in folgenden Bekenntnissen festgehalten, sozusagen meine eigenen Faustregeln aufgestellt:

- Die Installierung des DGB halte ich für eine politische Niederlage der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland.
- Der DGB ist eine gefährliche, weil schwer zu durchschauende Waffe in den Händen des Gegners und lockt und zwingt mit dem anspruchsvollen Namen „Gewerkschaft“ Millionen ehrlicher Arbeiter unter sein Dach.
- Er ist eine stumpfe Waffe in den Händen der Arbeiter.
- In Ermangelung einer Alternative bleibt den Meisten nichts anderes übrig, als sich im DGB zu organisieren.
- Mit dieser Entscheidung bekennen sie sich mutig zur lebensnotwendigen Gewerkschaftsidee und zeigen ihre Bereitschaft, sich in irgendeiner Form zu wehren.
- Aktive Gewerkschafter werden langsam, manchmal unendlich langsam, durch ihre gemachten Erfahrungen ihre anfänglichen Illusionen verlieren.
- Die Ritualähnliche Praxis des DGB des Verhandeln hinter verschlossenen Türen wird zu einer ständigen Herausforderung aller Mitglieder an der Basis und fordert sie heraus, irgendwann selbst aktiver zu werden.

- Es bringt keinen Nutzen, vom DGB als Kampfinstrument zu träumen. Appelle und Aufforderungen an ihn, „endlich etwas zu tun“ oder radikaler zu werden, verpuffen oder werden verbogen.
- Genau betrachtet waren und sind alle gewerkschaftlichen Kämpfe seit 1949 nicht Kämpfe des DGB, sondern Kämpfe der Arbeiter, der Kollegen und Belegschaften selbst für ihre eigenen Interessen. Kämpfe unter DGB-Fahnen sind noch lange nicht Kämpfe des DGB.
- Der DGB reagiert immer nur auf den Druck der Basis, greift ihre Forderungen auf und prüft sie im Sinne des staatlichen „Gemeinwohls“, genauer, im Sinne der Aufrechterhaltung der Ausbeutungsverhältnisse. Erst wenn er sie in diesem Sinne geprüft und genehmigt hat, versucht er in Absprache mit der Gegenseite „das Beste herauszuholen“. Der DGB würde am liebsten die Beitragsgelder für sich bewahren und nichts tun. Dann allerdings würden ihm die Mitglieder weglauen. Also leiert er Schaukämpfe an, um die Mitglieder bei der Stange zu halten.
- Der DGB-Apparat ist zwar ein professionell bürokratisch und undemokratisch aufgebauter Apparat, was aber nicht bedeuten muss, dass man nicht immer wieder und von Zeit zu Zeit auf Funktionäre der unteren Ränge trifft, die zu den Arbeitern und ihren berechtigten Wünschen halten.
- Das beginnt mit den Vertrauensleuten der Einzelgewerkschaften bis hin etlichen Betriebsräten und einigen Funktionären aus den Ortsverwaltungen. Alle höheren Ränge sind mit ausgebufften Profis besetzt und von ehrlichen Gewerkschaftern nicht zu erobern.

Und mein Schlußsatz: Ich bleibe Mitglied im DGB, was mich aber nicht daran hindern darf, kämpferisch gewerkschaftlich tätig zu sein!

Uwe Gertz
September 2015

Literatur

Zur politischen Rahmenbedingung

- Autorenkollektiv der BRD (E.-U. Huster, G. Kraiker u.a.):
 Determinanten der westdeutschen Restauration
 1945 – 1949, Frankfurt a.M. 1972
- Autorenkollektiv der DDR (W. Menzel u.a.):
 Reformieren, Manipulieren, Integrieren. Imperialistische
 Klassenpolitik unter Anpassungszwang, Berlin 1973
- Rolf Badstüber: Restauration in Westdeutschland 1945 – 1949, Berlin 1965
- James Burnham: Die Strategie des Kalten Krieges, Stuttgart 1950
- Bernt Engelmann: Was wir wurden, was wir sind, München 1980
- John Gimbel: Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland
 1945 - 1949, Frankfurt a.M. 1971
- Arthur D. Kahn: Offiziere, Kardinäle und Konzerne, Berlin 1964
- George S. Wheeler: Die amerikanische Politik in Deutschland, Berlin 1958

Zur Gründungsgeschichte des DGB

- Autonome und anti-imperialistische Gruppen:
 Sozialisierung oder Westintegration, Göttingen 1980
- Autorenkollektiv der DDR:
 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung,
 Band 6, 1945 – 1949, Berlin 1966
- Albert Behrendt: Die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften,
 Berlin 1959 (1.Auflage), 1960 (2.Auflage)
- Albert Behrendt (Hrsg.): Die westdeutschen Gewerkschaften und das
 staatsmonopolistische Herrschaftssystem 1945 – 1966, Berlin
 1968
- Joachim Bergmann, Otto Jacobi, Walther Müller-Jentsch:
 Gewerkschaften in der Bundesrepublik,
 Frankfurt a.M. 1975
- Herbert Borghoff: Die Bürde des Menschen ist antastbar. 200 Jahre Geschichte der
 deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, Köln 2002

- Ulrich Borsdorf / Lutz Niethammer:
Zwischen Befreiung und Besatzung, Wuppertal 1976
- Frank Deppe u.a.:
Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung,
Köln 1978
- Frank Deppe u.a.:
Einheitsgewerkschaft. Quellen, Grundlagen, Probleme
Frankfurt a.M. 1982
- DGB-Bundesvorstand:
Versprochen – Gebrochen. Die Interzonenkonferenzen der
deutschen Gewerkschaften 1946-1948, Düsseldorf 1961
- Karl Fugger:
Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Berlin 1949
- Jürgen Klein:
Hand in Hand gegen die Arbeiter: Bürgerliche Demokraten oder
christliche, sozialdemokratische und kommunistische
Gewerkschafter, Hamburg 1974
- Arno Klönne, Hartmut Reese:
Kurze Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung,
Frankfurt a.M. 1986
- Ernst Krüger:
Zur Klärung der Lage in den deutschen Gewerkschaften, Berlin
1949
- Werner Link:
Deutsche und amerikanische Gewerkschafter und Geschäftsleute
1945 – 1975, Düsseldorf 1978
- Gerhard Mannschatz, Josef Seider:
Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet für die Einigung der
Arbeiterklasse und die Entmachtung der Monopolherren 1945 –
1947, Berlin 1962
- Walter Maschke:
Eine Auseinandersetzung mit Fritz Tarnow, Berlin 1948
- Lutz Niethammer u.a.:
Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und
Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland,
Wuppertal 1976
- Theo Pirker:
Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in
Westdeutschland (2 Bände), München 1960
- Eberhard Schmidt:
Die verhinderte Neuordnung 1945 – 1952,
Frankfurt a.M. 1970
- Eberhard Schmidt:
Ordnungsfaktor oder Gegenmacht. Die politische Rolle der
Gewerkschaften, Frankfurt a.M. 1971
- Ute Schmidt, Tilman Fichter:
Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den
Westzonen 1945 – 1948, Berlin 1971
- Rolf Steininger:
Deutsche Geschichte 1945–1961 (2 Bände), Frankfurt a.M. 1983